

Indien im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

Corona wütet weiter

Kurz vor Drucklegung (27. September) stand Indien kurz davor, die Marke von sechs Millionen Corona-Infizierten zu übertreffen. In den letzten Wochen hatten sich die Angaben zu den Infizierten pro Tag immer im Bereich von über 80.000 bewegt. Nach den USA weist Indien inzwischen die zweithöchste Fallzahl auf und hat Brasilien überholt. Indiens Hauptstadt Delhi oder Mumbai sind zwei der vielen Hotspots. Bei gleichbleibender Dynamik wird Indien die USA in wenigen Wochen überholt haben. Das ist umso bemerkenswerter, als Indiens Nachbarländer die Corona-Pandemie anscheinend deutlich besser unter Kontrolle haben. Es wird kritisiert, dass der harsche Lockdown erst richtig zur Verbreitung des Virus beigetragen habe. Wenn in den Armenvierteln großer Städte Hunderte Menschen auf engem Raum mit einer infizierten Person zusammen sind und diese Menschen Hunderte Kilometer reisen, dann wird die Pandemie verschlimmert.

Weiterhin niedrig liegt die offizielle Sterblichkeitsrate (etwa 1,7 Prozent), verglichen mit den rund drei Prozent in den USA und über 12 Prozent in Italien. Doch inwieweit diese Zahlen die Realität widerspiegeln, ist fraglich. Indiens Sterbestatistik ist schon außerhalb von Pandemie-Zeiten wenig zuverlässig. In Delhi werde bei nur 63 Prozent der Toten ein Totenschein ausgestellt, sagte der Mediziner Hemant Shewade vor kurzem der Zeitung *The Hindu*. Und das sei die Hauptstadt, auf dem Lande sehe die Situation noch schlechter aus. Nach Schätzungen der obersten medizinischen Behörde *Indian Council of Medical Research* hatte Indien bereits im Mai 6,4 Millionen Corona-Fälle.

Soziale Folgen der Pandemie

Die indische Regierung hat die Voraussetzungen für ein dreimonatiges Arbeitslosengeld für Mitglieder der staatlichen Arbeitnehmersicherung *Employees State Insurance Corporation* erleichtert. Das Geld ist für jene gedacht, die ihren Job wegen der Corona-Krise verloren haben und soll 50 Prozent des ursprünglichen Lohnes ausmachen. Es handelt sich zum größten Teil um Industriearbeiter(inn)en. Hingegen haben infolge der Pandemie und den verhängten Ausgangssperren schätzungsweise 78 Pro-

zent der informellen Arbeiter(inn)en ihre Existenzsicherung verloren. Über 48 Prozent haben nach dem Lockdown keine Entlohnungen mehr erhalten, 17 Prozent nur einen Teil des Lohnes. Während des Lockdowns haben schätzungsweise 60 Prozent der Wanderarbeiter(inn)en ihren Wohnraum verloren. Die nationale Kampagne für Dalit-Rechte (*National Campaign on Dalit Human Rights* – NCDHR) hat mittels eines Gutachtens herausgefunden, dass die (Sofort-) Hilfen des Regierungsprogramms *Pradhan Mantri Garib Kalyan Yojana* viele Dalit und Adivasi nicht erreicht haben, weil sie gar nicht davon wussten.

Frauen in der Hausarbeit haben eine unverhältnismäßig hohe Last in dieser Krise geschultert. Eine Umfrage zeigt, dass 91 Prozent während des Lockdowns nicht bezahlt wurden. Da sehr viele im privaten Bereich von Einzelpersonen beschäftigt sind, haben sie keine soziale Absicherung. Mehrere haben ihren Arbeitsplatz verloren, und diejenigen, die zurückgerufen wurden, haben einen erheblichen Teil ihrer Verhandlungsmacht verloren.

Streik der Schüler/-innen

Ende August verweigerten Schüler/-innen die Aufnahmeprüfungen für die Universitäten und forderten deren Verschiebung auf November. Einige begaben sich in einen Hungerstreik. Die *National Students Union of India* brachte vor, die Gefahr während der Tests mit dem Corona-Virus angesteckt zu werden, sei zu groß. Manche befürchteten, dass sie überhaupt nicht zu den Klausuren fahren könnten. Wegen der strengen Hygieneregeln fuhren in einigen Bundesstaaten zu der Zeit kaum Züge und Busse. Auf Twitter hatten Hunderttausende unter dem Hashtag *#PostponeJeeNeet* diese Forderung unterstützt - auch die Opposition im indischen Parlament. Die Regierung von Premierminister Narendra Modi hielt jedoch an den Terminen fest.

Muslimische Dynastien inexistent

Die *New York Times* vom 15. September berichtete von einem geplanten Museum in Agra, das eine Ausstellung über die Mogulherrscher und ihre Kultur plante. Agra ist die Stadt mit dem Taj Mahal, das weltweit wohl berühmteste Beispiel für die Architektur der Moghul-Ära und eines von Indiens

bekanntesten Gebäuden. Das Museum wollte die Waffen, die Kunst und die Mode der Moguln präsentieren – der muslimischen Herrscher, die vom 16. bis 18. Jahrhundert über den indischen Subkontinent herrschten. Doch die Beamten in Agra hatten Mitte September eine andere Idee. Sie forderten eine vollständige Revision des Museums, das nun nach einem Hindu-Kriegerkönig umbenannt und auf die hinduistische Geschichte ausgerichtet werden soll. Der erste Spatenstich für das Museum war 2016 erfolgt, aber es wurden nur geringe Fortschritte beim Bau des Museums erzielt. Die *New York Times* bewertet diesen Vorgang als ein jüngstes Beispiel für die Wiederbelebung des Hindu-Nationalismus, der durch Premierminister Narendra Modi angestoßen worden sei.

Was heißt eigentlich heiliger Ort?

Das Internetjournal *Economic and Political Weekly* (EPW) befasste sich im August (Vol. 55, Nr. 34) mit der Frage, was in einer säkularen Gesellschaft eigentlich ein heiliger Ort ist, und wie sich die Gesellschaft dazu verhalten sollte. Neben der klassischen Polarisierung zwischen dem Heiligen und dem Säkularen böte gerade Indien Anschauungsmaterial, nach einem Mittelweg zu suchen. Die Sozialgeschichte Indiens, vor und nach der Unabhängigkeit, würde deutlich machen können, dass das Heilige immer wieder als Raum diente, in dem sich die gläubige Person spiritueller stärken und im Sinne der Religion für die universellen Prinzipien Gerechtigkeit und Gleichheit Kraft besorgen konnte. Die von Gandhi und Ambedkar angeführte Bewegung für den Eintritt in den Tempel zeige, dass heilige Strukturen und Kultstätten für die Artikulation solcher Prinzipien prägend waren. Für Gandhi bedeutete der Besuch des Tempels einen wichtigen Gradmesser, um die Loslösung einer Person von den Praktiken der Unberührbarkeit und die Bindung an soziale Gleichheit zu ermesen. Gandhi beurteilte danach den moralischen Fortschritt der Gesellschaft. In ähnlicher Weise hatte Ambedkar den Eintritt in den Tempel als eine Gelegenheit aufgefasst, die Prinzipien von Gerechtigkeit, Gleichheit und individuellen Rechten zum Ausdruck bringen zu können. Beide legten auf die Sichtbarkeit der Gemeinschaft der Unberührbaren mit den Berührbaren in einem heiligen Raum großen Wert. Nun, der Widerstand der berührbaren Kasten gegen den Eintritt der unberührbaren in den Tempel hat sich hartnäckig gehalten, aber der Hinweis auf eine gegenteilige Praxis in der Geschichte Indiens lohnt sich in diesen Tagen.

Swami Agnivesh gestorben

Im September verstarb ein Kämpfer für Gerechtigkeit und insbesondere für die Rechte der Zwangsarbeiter/-innen. Er war Gründungsvorsitzender der gegen Schuldknechtschaft gerichteten *Bonded Labour Liberation Front* (*Bandhua Mukti Morcha*). Die Organisation hatte er 1981 mit gegründet. Swami Agnivesh war von 1994-2004 Vorsitzender des UN-Treuhandfonds für zeitgenössische Formen der Sklaverei. Als Anerkennung für sein langjähriges Engagement zur Beendigung der Schuldknechtschaft erhielt er in Schweden 2004 den *Right Livelihood Award* (alternativer Friedensnobelpreis). Er war ebenfalls ein vehementer Verfechter des interreligiösen Dialogs. Wegen seiner freimütigen Ansichten über den wachsenden religiösen Fundamentalismus wurde er im Juli 2018 von einem gewalttätigen Mob fundamentalistischer Gruppen angegriffen.

FCRA-Regeln für Überweisungen verschärft

Am 21. September verabschiedete die *Lok Sabha* (nationales Parlament) Änderungen am Gesetz zur Annahme und Nutzung ausländischer Gelder (*Foreign Contribution (Regulation) Act* – FCRA). Zukünftig sind Nichtregierungsorganisationen verpflichtet, alle Transaktionen ihrer Konten im Kontext ausländischer Geldflüsse mit der persönlichen Identifikationsnummer Aadhaar auszustatten, und zwar aller Personen, die in der NRO hauptamtlich arbeiten. Außerdem kann zukünftig eine Überweisung aus dem Ausland im Rahmen des FCRA nur noch zu höchstens 20 Prozent für Verwaltungszwecke (unter anderem Gehälter) verwendet werden. Davor lag die Beschränkung bei 50 Prozent. Die Regierung argumentiert, damit würden Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Entgegennahme und Verwendung von ausländischen Beiträgen erhöht. Es braucht nicht viel Fantasie, um Transparenz mit Kontrolle und Offenlegung der Namen aller Engagierten einer Organisation zu übersetzen, die angesichts des angespannten Klimas gegen kritisches und unangepasstes Agieren Repressalien befürchten müssen.

Konfrontation zwischen Indien und China

Das Nachrichtenportal *Asia Times Weekly* berichtete am 5. September, dass die Konflikte im umstrittenen Grenzgebiet im Himalaja unerschwellig weitergehen. Der hartnäckige Nationalismus in beiden Län-

dern sei zu einem Selbstläufer geworden, der beide Nationen auch in ihren Beziehungen zur übrigen Welt beeinflusse. Der indische Premierminister Narendra Modi will seine Popularität nicht einbüßen. Die Wirtschaft im Land entwickelt sich rückläufig und die Corona-Pandemie ist eigentlich unbewältigt. Die Bundesstaaten Bihar, Madhya Pradesh, Rajasthan und Uttar Pradesh leiden seit langem unter Entbehrungen, die durch schlechte Wirtschaftspolitik und -planung verursacht werden. Mit Blick auf Indien wird hinzugefügt, dass die Destabilisierung der Beziehungen zu Peking ab dem Moment stattgefunden habe, seit Modi beschlossen hatte, nach Westen zu blicken (siehe Artikel im Heft).

Kaschmir ein Jahr danach

Ein Jahr nach der Außerkraftsetzung von Artikel 370 zur Eigenstaatlichkeit des mehrheitlich muslimischen Kaschmir ging der Kommentator bei EPW (Vol. 55, Nr. 34) im August der Frage nach, inwieweit Jammu, Kaschmir und Ladakh denn mit dem Rest der Union jetzt besser verbunden sind. Die Antwort ist nicht schwer zu erraten. Eine Folge, die vor einem Jahr schon vermutet wurde, ist allerdings eingetreten. Eine Reihe von Gesetzesänderungen haben die Definition des Begriffs „Domizil“ erweitert, wodurch es für Nichtansässige in Kaschmir einfacher wurde, Land zu erwerben. Dies haben wohlhabende Inder mit starker Hindu-Orientierung auch genutzt. Die Furcht ist immer noch begründet, dass mittelfristig die demografische Zusammensetzung von Kaschmir verändert werden soll.

Kaschmir ist nach wie vor abgeschlossen, aber trotz Sperre dringen Nachrichten nach draußen, die von gewaltförmigen Zwischenfällen zwischen Bürger(inne)n, Aufständischen und den indischen Streitkräften berichten. Selbst die wenigen Erfolge der friedlichen Streitschlichtung aus den frühen 2010er Jahren gehen verloren. Darüber hinaus ist das neue Unionsgebiet von Jammu und Kaschmir nach wie vor ohne wirksame politische Institutionen. Es herrscht der Gouverneur, und es besteht keine Aussicht auf baldige Parlamentswahlen. Selbst die versprochenen Wahlen auf Gemeindeebene (*Panchayat*), die die Basisdemokratie wiederbeleben sollten, wurden nicht abgehalten. Angeblich haben anhaltende Militanz und die COVID-19-Pandemie keinen Wahlgang zugelassen. Von Integration in eine liberale demokratische Republik, die die Vielfalt respektiert und die Rechte ihrer Bürger/-innen schützt, kann keine Rede sein.

Zukunft der Kohle

In einer kürzlich vorgestellten Publikation des *Brookings* Instituts in Washington DC (*Future of Coal in India: Smooth Transition or Bumpy Road Ahead?*) wird nach der Zukunft der Kohle in Indien gefragt. Keine Diskussion über den globalen Klimawandel könne Indien ignorieren, und keine Diskussion über Indiens Energiezukunft könne die Kohle ignorieren, die etwa die Hälfte von Indiens Energie liefert. Kohle dominiert, weil sie im Inland verfügbar und billig ist. Kohle ermöglicht Dividendenzahlungen und ein existenzielles Maß an Quersubventionierung etwa für die Eisenbahn. Wenn der globale Fokus auf dem Energiewandel liegt, wie gewährleistet Indien dann einen gerechten Übergang? Die Autor(inn)en im Buch finden keine einfachen Antworten.

Kohle ist in ein komplexes System eingebunden. In einigen Bundesstaaten liefert die Kohleförderung und Kohlestromerzeugung die größten Beiträge zu den staatlichen Haushalten. Die Eisenbahn, Indiens größter ziviler Arbeitgeber, verlangt überhöhte Transportpreise, um die Unterdeckung bei den Fahrgästen auszugleichen. Umgekehrt hat die Luftverschmutzung die Dimension einer nationalen Krise angenommen. Sieben der zehn am stärksten verschmutzten Städte der Welt liegen in Indien. Kohlekraftwerkskapazitäten sind andererseits nicht ausgelastet oder sogar stillgelegt. Indien hat ehrgeizige Ziele für erneuerbare Energien (siehe Beitrag im Heft), wobei die erneuerbaren Energien in Süd- und Westindien generiert werden, während die Kohleproduktion überwiegend in Ost- und Mittelindien angesiedelt ist. Selbst wenn keine weiteren Kohlekraftwerke mehr gebaut würden, stamme, so ein Fazit, im Jahr 2030 aufgrund der Nachfrage etwa die Hälfte des indischen Stroms nach wie vor aus der Kohle.

Die jahrzehntelange Vormachtstellung der Kohle kann nicht abrupt beendet werden, sondern werde am wahrscheinlichsten dadurch ersetzt werden können, indem die Kosten für erneuerbare Energien sinken und die Umweltauswirkungen für Indien teuer werden. Die Autor(inn)en diskutieren eine Kombination aus kontrolliertem Übergang bei Ausbau erneuerbarer Energien und der Beseitigung von Kohleemissionen.

Folter in Indien

Die nationale Kampagne gegen Folter (*National Campaign Against Torture*), eine Plattform verschiedener NROs, berichtete im August davon, dass in Indien nach wie vor Menschen in Haft sterben, weil sie zu Tode gefoltert werden. Bis heute gibt es keine Verurteilung, vielmehr sei das System geprägt von Straflosigkeit. Die Kampagne legte für den Zeitraum 2005 bis 2018 insgesamt 500 Fälle vor. Folter werde weiterhin als Instrument der Polizei genutzt, um Beschuldigte unter Druck zu setzen. Darüber hinaus verdeutlichte der Bericht, dass bei der Polizei und dem Gefängnispersonal von einer hohen kriminellen Energie bei der Begehung der Straftaten auszugehen ist. Auch die Nationale Menschenrechtskommission in Indien stellt fest, dass die meisten Sterbefälle in Haft auf Folter zurückgehen. Viele Diebstahlverdächtige würden zu Tode gefoltert. Foltermethoden sind Prügel, Entfernen der Nägel, Verbrennungen und Vergewaltigung. Die meisten der Folteropfer sind arm und marginalisiert, viele von ihnen Dalits und Adivasi. Häufig werden keine Obduktionen durchgeführt.

Soziale Ungleichheit und Kriminalität

Ein Anfang September veröffentlichter Regierungsbericht über Gefängnisstatistiken belegt, dass etwas mehr als die Hälfte aller Verurteilten und Untersuchungshäftlinge in indischen Gefängnissen Muslime, Dalits oder Adivasi sind. Der Anteil dieser drei Gemeinschaften an der indischen Bevölkerung beträgt laut der letzten Volkszählung im Jahr 2011 nur 39,4 Prozent, während ihr Anteil an den Inhaftierten bei 50,8 Prozent liegt. Die drei Bevölkerungsgruppen sind in Indien wirtschaftlich und sozial am meisten benachteiligt. Die Alphabetisierungsraten sind niedriger, der Zugang zu Schul- und Hochschulbildung ist eingeschränkter, die Armutsraten und die Arbeitslosigkeit sind höher. Darüber hinaus sind sie sozialer Unterdrückung, Gewalt und Diskriminierung durch höhere Kasten ausgesetzt. Im Falle der Dalits und Adivasis stellt diese soziale Unterdrückung ein Jahrhunderte altes Erbe dar. Für die muslimische Gemeinschaft hat der Aufstieg der Hindu-Fundamentalisten eine neue Ära der Aggression geschaffen, der nicht immer nur gewaltlos entgegnet wird. Solche Zustände erinnern an die Situation der schwarzen (afro-amerikanischen) Bevölkerung in den USA, die ebenfalls überproportional in Gefängnissen landet. Gemessen daran ist es in Indien jedoch verhältnismäßig ruhig.

Brief an die Europäische Union

Anlässlich des virtuellen 15. EU-Indien-Gipfeltreffens im Juli hatten zivilgesellschaftliche Organisationen die Europäische Union aufgefordert, gegenüber Indien die Situation der dortigen Menschenrechtsverteidiger(inne)n anzusprechen. Selbst inmitten der Pandemie hatte die indische Regierung Menschenrechtsverteidiger/-innen und Aktivist(inn)en verhaftet, die beispielsweise gegen die Folgen der Pandemiebeschränkungen protestiert hatten. Die Antwort der EU steht aus.

Chat-Verbote

Bereits Ende Juni hatte die indische Regierung verschiedene Apps und Netzwerke chinesischer Provenienz verboten, darunter auch die in Indien unter jungen Leuten eigentlich beliebten *Tiktok* und *Wechat*. Tiktok zählt allein in Indien rund 200 Millionen Nutzer/-innen. Die Wut der Menschen in Indien auf China im Zuge der Grenzkonflikte ermöglichte jedoch, fast 60 chinesische Apps zu verbieten. Diese Maßnahme ist durchaus von Belang, denn chinesische Internetunternehmen erachten Indien als großen Wachstumsmarkt. Indien hatte zuvor schon den Telekommunikationsausrüster Huawei vom schnellen Internetausbau ausgebootet und Gesetze gegen chinesische Investitionen verschärft. Die Regierung erhofft sich, von den Handelsauseinandersetzungen zwischen dem Westen und China zu profitieren und wirbt um Investoren, die China verlassen und dafür nach Indien kommen sollen.

ERRATA

In Heft 2 war unter dieser Rubrik von 400 Millionen Wanderarbeiter(inne)n die Rede. Indien ist zwar groß und beherbergt rund 1,3 Milliarden Menschen, aber so viele, die auf Wanderarbeit gehen (müssen), sind es dann doch nicht. Die Ziffer stammte ursprünglich aus einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der das Ausmaß der Armut in Indien bezeichnete. Über den Nachrichtendienst *Bloomberg* konvertierte dieser Kontext zur Wanderarbeit und fand seinen Eingang zu Indien im Überblick. Es hätte auffallen können, zumal im gleichen Heft 2 in einem Artikel von 20 bis 30 Millionen Wanderarbeiter(inne)n die Rede war. Danke an die aufmerksamen Leser und meine Bitte um Pardon für diese Nachlässigkeit.